

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dien-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Eingelne Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Inserationspreis 10 Pf. pro dreige-
spaltene Corpuzzeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma H. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion H. A. Berger daselbst.

No. 68.

Dienstag, den 11. Juni

1895.

Die Lage in Oesterreich.

Die schöne Rosenzeit der Koalitionsherrlichkeit in Oesterreich ist offenbar längst vorüber, mehr und mehr häufen sich die „dunkeln Punkte“ am Horizonte des Kabinetts Windischgrätz. Dasselbe hatte eben eine ungemein schwierige Erbschaft von dem farnosen „Versöhnungsministerium“ des Grafen Taaffe übernommen, und gerade jetzt, da die Koalitionsregierung an die Erfüllung ihrer damals gegebenen Versprechungen geht, beginnen sich die Schwierigkeiten für sie in bedenklicher Weise zu mehren. Wenn schon von den Steuerreformprojekten des Finanzministers v. Plener behauptet werden darf, daß sie noch lange nicht im sicheren Hafen sind, so muß das erst recht von der Wahlreform gelten. Der kürzlich veröffentlichte neue Entwurf einer Wahlreform für Oesterreich hat in der öffentlichen Meinung des Kaiserstaates einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen, da das Elaborat des Unterkomitees des Wahlausschusses die widersprechendsten Bestimmungen enthält, in seltsamer Weise das direkte Wahlrecht mit dem indirekten verquickt und zugleich in seinen Kernpunkten eine Schädigung der Interessen des liberalen Deutschtums bedeutet. Infolge der ungünstigen Aufnahme der ungedruckt verbleibenden Vorlage seitens der Öffentlichkeit wie auch der Wiener parlamentarischen Kreise schwärzten bereits allerhand sensationelle Gerüchte durch die Luft. Hieß es doch sogar, Fürst Windischgrätz wolle mit seinem gesammten Kabinet zurücktreten, falls die Frage der Wahlreform nicht einen den Wünschen der Regierung entsprechenden Verlauf nehmen sollte.

Inzwischen ist allerdings wieder viel auf die erregten Wogen gegossen worden. Offizielle Stimmen versichern, Fürst Windischgrätz denke gar nicht daran, wegen der Wahlreformfrage die Kabinettsfrage zu stellen, seine Regierung werde vielmehr allen etwaigen Veränderungen des Wahlreform-Entwurfes durch das Plenum zustimmen. Außerdem scheint die härteste Partei innerhalb der Regierungsmehrheit des Abgeordnetenhauses, die vereinigte Linke, geneigt zu sein, der Regierung in der Wahlreformfrage auf das Möglichste entgegenzukommen. Unter Anderem hat Graf Ruvenburg im Wahlausschusse erklärt, die Linke stimme einem Eintreten in die Spezialberatung des Entwurfes zu, freilich unter der Voraussetzung, daß aus letzterem eine Reihe von Verbesserungen im liberalen Sinne, welche Graf Ruvenburg dann aufzählte, vorgenommen würden. Wenn die Polen und der Hohenzollern-Klub ebenfalls mit sich reden lassen, nachher kann es ja sein, daß die Wahlreformfrage ihr gefährliches Aussehen für die Regierung verliert und daß noch eine Verständigung erzielt wird.

Aber selbst in letzterem Falle würde die heutige politische Lage in Oesterreich doch eine precäre bleiben, einfach weil eben das ganze Koalitionssystem eigentlich doch ein gekünsteltes ist. Wenn sich damals, als das System Taaffe endlich in die Brüche ging, die Deutsch-Liberalen, die Clerikalen und die mit ihnen gehenden Gruppen der Südtiroler, Järaner, Kroaten und Slowenen, sowie die Polen zu einer neuen Koalitionsregierung stützenden parlamentarischen Mehrheit zusammenschließen ließen, so war dies zu jener Zeit geradezu eine staatliche Nothwendigkeit, sollte in Oesterreich nicht ein förmliches politisches Chaos hereinbrechen. Diese Verbindung der heterogensten politischen und nationalen Elemente war jedoch von allem Anfang an eine unnatürliche, und nur mit Mühe ist es der Kunst ihrer Führer gelungen, sie bis jetzt zusammenzuhalten. Speziell im künftigen Hohenzollern-Klub gährt und schäumt es jedoch schon lange, einerseits hat ein Theil der Konservativen, andererseits die slowenisch-kroatische Gruppe allerlei dringende Sonderwünsche, deren Erfüllung dem Weiterbestand der Koalition direkt in Frage stellen würde. Den heikelsten Punkt bildet in dieser Beziehung die Forderung der Slowenen nach Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in der urdeutschen steiermärkischen Stadt Gills. Das Ministerium Windischgrätz hat die Entscheidung über den Gills Fall noch immer zu verzögern gewußt, aber nächstens muß das Parlament doch einmal Stellung zu der politisch so bedeutsam gewordenen Frage der Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in Gills nehmen müssen, und hiermit wird sich ohne Zweifel die Koalitionsregierung wie die Koalition im Abgeordnetenhause vor die Frage: „Sein oder Nichtsein?“ gestellt sehen.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser hat in diesen Tagen anlässlich seines jüngsten Besuchs in Kiel die Vorbereitungen für die Einweihung des Nord-Ostsee-Canals, sowie den Canal selbst einer letzten Besichtigung unterzogen. Am Montag früh gedachte der erlauchte Monarch von dem Kieler Auszug wieder im Neuen Palais bei Potsdam einzutreffen, um dann den größeren Cavallerie-Besichtigungen und -Übungen beizuwohnen, welche in den Tagen vom 10. bis mit 14. Juni auf dem Bornstedter und dem

Tempelhofer Felde stattfinden. Hierbei wird auf Einladungs des Kaisers auch Erzherzog Franz Salvator von Oesterreich zugegen sein, dessen Ankunft im Neuen Palais noch im Laufe des Sonntag erwartet wurde. Die Kaiserin wird mit den Kindern einen Theil dieses Sommers in Sagnitz auf Rüben zubringen. Der Termin der Ueberföbelung nach Sagnitz ist noch nicht fest bestimmt, doch dürfte sie in den ersten Wochen des Juli erfolgen.

Friedfertigkeit ist gewiß eine schöne Tugend, Bescheidenheit unter Umständen eine noch schönere, aber wenn die verbündeten Regierungen diese in diesem Maße zu betätigen entschlossen wären, wie es ihnen hier und da sogar von mit dem Anscheine des Wohlunterrichtetseins auftretenden Stimmen angeschlossen wird, so würde man das doch für wenig erfreulich halten müssen. Man hätte danach anzunehmen, daß unter den Regierungen Uebereinstimmung darüber bestände, den Reichstag beileibe nicht wieder mit etwas Ähnlichem wie den Vorlagen zu belästigen, welche er in der letzten Session abgelehnt hat. Diese Vorlagen sind bei ihrer Einbringung als ein gebieterisches Bedürfnis bezeichnet worden, dessen Befriedigung nicht hinausgeschoben werden könne. Es ist unmöglich, daß in einer solchen Lage eine Regierung sich durch die parlamentarische Ablehnung ihrer Vorlagen ihrer Verantwortlichkeit los und ledig glauben sollte. Bezüglich der Wirkung auf jede Wiederaufnahme der entsprechenden Aktion, so würde sie entweder von sich selbst gestehen, die gebieterischen Bedürfnisse der Situation sehr unzutreffend beurtheilt zu haben, oder sie würde dem Reichstage gegenüber im Lichte eines Uebermaßes von Friedfertigkeit und Bescheidenheit erscheinen, was man ihr im Publikum selbstverständlich als Schwäche auslegen würde. In beiden Fällen würde das verbündeten Regierungen sich in dieser Weise bloßstellen könnten, halten wir einfach für ausgeschlossen. Insbesondere die Preisgebung der Forderung der Finanzreform erscheint schlechterdings unumgänglich. Ueber die Frage neuer gesetzgeberischer Handhaben gegenüber der revolutionären Gefahr mag sich eher reden lassen. Man kann erklären, es zunächst noch einmal mit einer energischen Anwendung der in dem bestehenden Rechte, und zwar dem Reichsrechte wie dem Partikularrechte, vorhandenen Kampfmittel versuchen zu wollen, obwohl wir der Meinung sind, daß die Erfassung der Anzulänglichkeiten des bestehenden Rechts hinreichend erweisen habe. Ganz anders bei der Finanzreform. Stände hier lediglich zur Frage, ob und in welchem Betrage eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs erforderlich sei, so möchte sich nach den bei der Etatsberatung in den beiden letzten Jahren gemachten Erfahrungen der Vorschlag hören lassen, man wolle die Gestaltung der Finanzen erst noch eine Weile abwarten. Aber der Kernpunkt ist doch jene Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, welche den letzteren Sicherheit gegen die wechselnden und unberechenbaren Rückgriffe des Reichs auf ihre Finanzen gewähren und ihnen endlich wieder eine streng geordnete Finanzwirtschaft ermöglichen soll. Diese Auseinandersetzung wird seit Jahren von sämtlichen einzelstaatlichen Finanzministern als eine dringende Nothwendigkeit bezeichnet, und nun wollte man sich über diese dringende Nothwendigkeit auf mindestens drei Jahre hinaus vollständiges Schweigen auferlegen? Die nicht allein in den Einzelstaaten, sondern auch in dem großen Preußen sich nachgerade bis zur Unentzähllichkeit steigende Finanzbedrängnis würde dafür ein unübersteigliches Hinderniß sein.

Zur Handwerkerfrage. Um einen Anhalt dafür zu gewinnen, wie dicht das Handwerk noch immer im Reiche sitzt, soll bekanntlich eine Enquete mittels Stichprobe veranstaltet werden. Wie wir hören, ist der Termin für diese Erhebung auf Mitte Juli festgesetzt. Die Einzelstaaten in denen eine Enquete vorgenommen werden soll, sind Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg. In Preußen sind die beiden Regierungsbezirke Danzig und Aachen und außerdem vier Kreise ausgewählt, um eine Unterlage für die Erlangung einiger Klarheit darüber abzugeben, wo viel selbstständige Handwerker auch jetzt noch in einem bestimmten Distrikte wohnen. Die Beantwortung dieser Frage ist einigermaßen wichtig für die Entscheidung darüber, wie weit man bei der Zusammenfassung der Handwerker zur Herstellung der Elementarbildungen der erstrebten Zwangs-Organisationen zu greifen habe. Je mehr aber die Auffassung mindestens innerhalb der preussischen Regierung an Boden und Konsistenz gewinnt, daß es vor allem darauf ankomme, um die Herstellung eines sicheren Unterbaues für die geplante Entwicklung der Handwerkerverhältnisse in der Zukunft durch obligatorische Zusammenfassung der Gewerbezugehörigen vornehmlich zunächst zum Zwecke der Hebung des Lehrlingswesens besorgt zu sein, um so näher liegend muß es erscheinen, möglichst genaue Informationen über die Erfahrungen einzuziehen,

welche in Oesterreich mit der zwangsweisen Organisation des Handwerks wie nach der guten auch nach der minder guten Seite bereits gemacht worden sind. Um in dieser Beziehung sachverständige Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranstalten, werden sich gegen Ende der Woche die beiden hervorragendsten Deponenten in dieser Frage, der Geh. Oberregierungsrat Dr. Sieffert aus dem Handelsministerium und der Geh. Oberregierungsrat Dr. Wilhelm aus dem Reichsamt des Innern, in Begleitung des Assessors Dr. Hoffmann aus dem Handelsministerium nach Oesterreich begeben, um unter der schon jetzt gesicherten Mitwirkung der dortigen Behörden die Einrichtungen durch Selbstüberzeugung kennen zu lernen, von deren Einrichtungen man sich in Deutschland, wenn auch vielleicht weniger im Süden als im Norden, mancherlei Vortheile verspricht. Wie wir hören, werden von den Herren in erster Linie die Städte Wien, Linz, Graz und Salzburg besucht werden. Die Studienreise ist auf mehrere Wochen berechnet.

Kiel, 6. Juni. Welchen ungeheuren Umfang die Canalfeier annehmen wird und welch ungeheurer Personenandrang zu erwarten ist, erhellet aus der That, daß bis zum 1. Juni bereits 122 Passagierdampfer angemeldet waren. Von diesen Dampfern stellen Kiel und Hamburg je 22, Stettin 11, Bremen 10. Vom Ausland sind 18 Passagierdampfer angemeldet, und zwar von England 6, Finland 2, Schweden 5, Dänemark 5. An Kriegsschiffen wird der Hafen 53 fremde und ebensoviel Deutsche aufweisen. Dazu kommen noch 200 Segel- und Dampfboote, welche zur Theilnahme an den Regatten dann bereits eingetroffen sind. Im Kieler Hafen wird also eine ungeahnte Menge von Schiffen einen dichten Mastenwald bilden, da die Summe der oben angeführten Fahrzeuge bereits die Zahl 428 erreicht. Man wird wohl in der Annahme nicht sehr gehen, daß während der Tage der Canaleröffnung mehr denn 500 Schiffe im Kieler Hafen anwesend sein werden. Daß schon jetzt die Vorbereitungen getroffen werden, um solchen Verkehr gegenüber gerüstet zu sein, ist selbstverständlich.

Einer Aeußerung des preussischen Eisenbahnministers Dr. Thilen über die Rückfahrkarten mit zehntägiger Gültigkeit ist, wie aus Stuttgart berichtet wird, in einer der letzten Sitzungen der württembergischen Abgeordnetenversammlung von dem Ministerpräsidenten v. Mittnacht widersprochen worden. Die Aeußerung des Freiherrn v. Mittnacht lautete: „Es ist im preussischen Abgeordnetenhause im Februar dieses Jahres den Wünschen gegenüber, die zehntägige Dauer auch in Preußen einzuführen, von maßgebender Seite erwidert worden, die Erfahrungen, die man in Württemberg mit dieser verlängerten Gültigkeitsdauer gemacht habe, seien nicht gerade ermutigend. Ich kann diese Behauptung nicht bekräftigen. Die Rückfahrkarten mit zehntägiger Gültigkeitsdauer haben positiv günstig auf die Einnahme aus dem Personenverkehre eingewirkt; sie sind sehr populär geworden und würden sehr ungern vermehrt werden. Rückschlüsse, wie sie bezüglich der Fahrartenbenutzung in Preußen vorgekommen sind, hat man bis jetzt in Württemberg nicht bemerkt. Wir haben auf unseren Bahnen wiederholt außerordentliche Fahrartenrevisionen vornehmen lassen, aber durchaus keine ungünstigen Erfahrungen gemacht.“

Von dem gemeldeten Wolkenbruch in Württemberg sind am schwersten die Gemeinden Balingen, Frommern, Lausen und Dürnwangen betroffen worden. Insgesamt sind 40 Personen ertrunken und 30 Häuser theils zerstört, theils beschädigt. Schwer betroffen sind auch die Gemeinden Thalstingen, Truchtlingen und Wehstetten, weniger schwer die Gemeinden Lautlingen, Ebingen und Dinstmetzingen. Am Donnerstag Abend traf eine Abtheilung Ulmer Pioniere per Sonderzug in Balingen ein. Behufs Beseitigung der Trümmern mußten Rothbrücken gebaut werden. Der König telegraphirte an den Oberamtmann Filzen-Balingen folgendes: „Tieferschüttert durch die Schreckenskunde, ersuche ich Sie, den so furchtbar heimgesuchten Gemeinden meine innigste Theilnahme kund zu geben mit der Versicherung, daß, was menschliche Hilfe vermag, von staatlicher Seite, wie von mir, gern und schleunigst geschehen soll. Gott bewahre den Bezirk vor weiterem Unglück und stehe den Schwerverborenen bei! Ich sehe Ihrem weiteren Bericht auch über die besondere Nothlage entgegen. Wilhelm.“ — Ein Telegramm des Präsidenten v. Leibbrand an den Staatsminister v. Pieschel giebt die Zahl der durch die Ueberschwemmung in Balingen und Umgegend ums Leben gekommenen Personen auf 50 an. Bälzig zerstört sind 30 Häuser, theilweise zerstört sehr viel mehr. Sämtliche Brücken mit Ausnahme einer einzigen sind weggerissen. — Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ berichtet über die Verheerungen, welche die Ueberschwemmung in Balingen und Umgegend angerichtet hat. Darnach sind die Wirkungen der Ueberschwemmung furchtbare; die Gesamtzahl der bisher ermittelten Todten beläuft sich auf 37. 10 Personen werden noch vermist.